

in der behauptet wurde, China verdiene mit seinem Opiumhandel im Jahr 12 - 15 Mrd. US Dollar. Dazu nahm es Stellung zu sowjetischen Meldungen vom September und Oktober sowie November 1972, in denen Zahlen von 500 - 800 Mio. US Dollar Jahresverdienst genannt wurden. Weiter zitierte Hsinhua polemisch Sowjet-Meldungen, daß China die Afrikaner mit Opium korrumpiere, daß es einen wichtigen Markt in Europa eröffnet habe und für die nach den USA verschiffte Menge Opiums konzentriertes Uran und andere Ausrüstungen über Hong Kong und Macao erhalte. Zur Widerlegung führte die chinesische Agentur an, seit 1950 bestehe in der Volksrepublik ein Verbot von Opium-Drogen und eine strikte Kontrolle auf diesem Gebiet. Nelson Gross, US-Sonderbevollmächtigter für Rauschgiftfragen, habe im März 1972 zugegeben, es lägen keine Beweise dafür vor, daß

aus China ein Handel in irgendein anderes Gebiet betrieben werde.

AUSSENWIRTSCHAFT - TAIWAN

(85) Abkommen über landwirtschaftliche Kooperation mit Südvietnam

Der südvietnamesische Außenminister Tran Van Lam und der Botschafter der Republik China, Hsu Shao-chang, unterzeichneten am 19.1.73 ein Abkommen über die Finanzierung der Arbeit von 23 chinesischen Landwirtschaftsberatern, die zwei Jahre in Südvietnam arbeiten sollen (SWB, 22.1.73).

Neue Serie:

CHINA UND SÜDOSTASIEN NACH DEM WAFFENSTILLSTAND IN VIETNAM

Der Waffenstillstand in Vietnam hat alte Fragen bereinigt und neue aufgeworfen. Im Augenblick stehen die südostasiatischen Nachbarländer zwar noch im Schatten des vietnamesischen Geschehens; doch werden auch sie, wenn dort die wichtigsten Probleme ausgeräumt sind, mehr als bisher ins Licht der allgemeinen Aufmerksamkeit rücken.

In der hier beginnenden Südostasien-Serie sollen aktuelle Probleme der dortigen Staatenwelt vor allem aus der Perspektive Chinas betrachtet werden. Da die chinesische Haltung nur in der Interdependenz mit den einzelnen Staaten verständlich werden kann, soll jede der Analysen auf einer breiten Schilderung der wichtigsten Gegebenheiten und Vorgänge in den betreffenden Ländern basieren.

Die Serie beginnt umseitig mit Birma. In der März-Nummer folgt Laos, im April Kambodscha. Die weiteren Hefte befassen sich sodann mit: Thailand, Malaysia, Singapore, Indonesien und den Philippinen.

“ ZARTER KÜRBIS UNTER STACHLIGEM KAKTUS ”

(Birma und China)

Folge 1 aus der Serie “ China und Südostasien nach dem Waffenstillstand in Vietnam

Birma sei ein “zarter Kürbis mitten unter Kakteen”, soll der ehemalige Ministerpräsident U Nu einmal gesagt haben. Als besonders stachelig erwies sich im Laufe der Zeit - neben Indien - vor allem die Volksrepublik China. Von Anfang an versuchte zwar der südostasiatische Staat mit allen Mitteln zu verhindern, daß die Nation zum Kampfplatz der Großmächte würde. Deshalb auch stand seine Außenpolitik ganz im Zeichen selbstgewählter Isolierung, deren Krusten im Laufe der Jahre nur an wenigen Stellen durchbrochen worden sind. China schien diese Haltung jahrelang auch voll zu honorieren. Erst 1967 kam es zu einer schweren Prüfung der beiderseitigen Beziehungen. Inzwischen allerdings scheinen die Spannungen wieder abgebaut zu sein. Damit ist China zu seiner alten Politik zurückgekehrt, mit solchen Ländern erträgliche Beziehungen anzustreben, die im Tauziehen der Großmächte neutral bleiben. Gerade Birmas Verhalten ist ja in der Tat ein Musterbeispiel dieser Neutralitätspolitik.

Mit Erreichung seiner Unabhängigkeit am 4. Jan. 1948 schied Birma sofort und brüsk aus dem Commonwealth aus. Das Land steht seitdem weitgehend auf eigenen Beinen und verzichtet deshalb soweit wie möglich auf Entwicklungshilfe. Mit wenigen Ausnahmen (UNO, ECAFE und Colombo-Pakt) gehört das Land auch keiner internationalen Organisation an. Selbst für den internationalen Tourismus waren die Grenzen bis 1971 fast hermetisch geschlossen. Grenzprobleme mit den fünf Nachbarn (Indien, Bangla Desh, Volksrepublik China, Laos und Thailand) bestehen nicht, zumindest nicht offiziell, nachdem Rangun und Peking am 1. Okt. 1960 einen Grenzvertrag abgeschlossen haben (1).

Während das Land nach außen eine Politik “nationaler Klausur” und absoluter Neutralität verfolgt, suchtes im Innern eigenständige Lösungen in Form des sog. “birmanischen Sozialismus” und der “Birmanisierung”.

- Der “birmanische Weg zum Sozialismus”, programmatisch niedergelegt im ‘Manifest des birmanischen Revolutionsrates’ vom 30.4.1962, spricht sich für Verstaatlichung bzw. Ver-genossenschaftlichung von Boden- und Produktionskapital, entsprechend den birmanischen Realitäten, aus, tritt für sozialistische Planwirtschaft ein, fordert den Altruismus als Basis der Sozialethik, postuliert eine Autarkie- und Austerity-Politik, will den Bürokratismus beseitigen und betrachtet alle kooperationswilligen Staatsbürger, vor allem aber Bauern und Arbeiter, als Träger des so definierten autochthonen Sozialismus (2).

Ganz im Sinne dieses, vom Hauptmotiv der Verstaatlichung getragenen, Programms wurden zunächst die europäischen Geschäftsunternehmungen “nationalisiert” und die Stammesfürsten entmachtet. Der gesamte Außenhandel ging auf staatliche Institutionen über. Desgleichen wurde der Binnenhandel (nach Verstaatlichung aller Privatgeschäfte im Jahre 1964) auf sog. “Volksläden” verlagert (1963 und 1964 entstanden rd. 10.000 solcher Etablissements) und der Handel, die Lagerung sowie der Transport von nicht weniger als 34 landwirtschaftlichen Produkten von staatlichen Vertriebsorganisationen monopolisiert. Auch versuchte der Revolutionsrat, die Landbevölkerung zu mobilisieren und im Geiste der Massenspontaneität zur Selbsterziehung zu ermuntern (Die Erziehungsrolle des Militärs gilt nur als vorübergehendes, notwendiges Übel!). Die Intellektuellen sollten, ähnlich wie in der Volksrepublik, “unter das werktätige Volk gehen”. Gleichzeitig wurden die landfremden Asiaten, vor allem nahezu sämtliche Inder, aber auch zahlreiche der 372.000 Chinesen, die sich als Geldverleiher, Händler und Reismühlenbesitzer eine bedeutsame mittelständische Position verschafft hatten, aus dem Lande vertrieben oder auf andere Weise diskriminiert. Das Transparent “nationalisiert” bildete schon bald den wichtigsten Bestandteil vieler Hausfassaden.

Die allzu brüsk vorangetriebene Verstaatlichungspolitik wurde später allerdings etwas gemildert. Seit 1969 zeichnet sich die Tendenz ab, in verstärktem Ausmaß Kooperative heranzuziehen und damit die Initiative vom Staat weg auf Gruppen zu verlagern, vor allem auf die drei Organisationen der Produzenten-, Konsumenten- und Kreditkooperative (3).

Trotz des so nachdrücklich vorangetriebenen “Sozialismus” aber blieb der Theravada-Buddhismus nach wie vor geistige Orientierung der breiten Volksmassen - und dies, obwohl der Name Buddhismus seit 1962 weitgehend aus dem offiziellen politischen Vokabular gestrichen worden ist. Buddhismus und Marxismus begannen, einander zu durchdringen.

Auch im politisch-organisatorischen Bereich brachte der Machtantritt General Ne Wins (1962) zahlreiche einschneidende Maßnahmen: Die Verfassung von 1948 wurde aufgehoben und die Regierung durch einen fast ausnahmslos von Militärs beherrschten “Birmanischen Revolutionsrat” ersetzt. Zahlreiche frühere Partei- und Staatsführer, vor allem der frühere Ministerpräsident U Nu, wurden eingekerkert und sämtliche Parteien - bis auf die Birma Socia-

list Program Party - verboten.

Gleichzeitig versuchte der Revolutionsrat die Umwandlung des lockeren Staatenbundes, dessen Gefüge obendrein durch ausdrücklich in der Verfassung niedergelegte Sezessionsrechte einzelner Minderheiten problematisiert war (4), in einen straffen Bundesstaat umzuwandeln; denn aus der neuen Sicht Ranguns konnte die Unabhängigkeit Birmas gegenüber Ländern wie z. B. China nur durch Einheit im Innern aufrechterhalten werden. Diese Einheit aber ist eine der Hauptsorgen der politischen Führung. Nach der inzwischen aufgehobenen Verfassung von 1947 nämlich war Birma eine demokratische Republik in der Form einer Föderativen Union, die sich aus dem eigentlichen Birma, dem Katschin-Staat, dem Shan-Staat, dem Kayah-Staat, dem Karen-Staat sowie dem Tschin-Gebiet zusammenfügte (5). Auch sonst gleicht Birma einem buntscheckigen Teppich: Es leben dort überdies rd. 40 Völkerschaften, die 136 verschiedene Sprachen und Dialekte sprechen (5a). Nur 67 von 100 Birmanen gehören dem Staatsvolk an. Diese verwirrende Buntheit von Völkerschaften und Stämmen zu einem einheitlichen Mosaik zusammzusetzen, ist eine Aufgabe, die vielleicht auch eine stärkere Zentralregierung überfordern würde, als sie heute in Rangun sitzt.

Verstaatlichung der Wirtschaft, Ein-Parteien-Staat und Zentralisierung im Interesse der Birmanisierung waren also die wichtigsten Ziele der Regierung Ne Win. Was sie erreichte, war freilich weitgehend das Gegenteil.

a) Verstaatlicht wurde letzten Endes nur die Armut, während der aktive Mittelstand (vor allem die zahlreichen Inder und Chinesen) schwere Einbußen hinnehmen mußten. Da die Zahl der ohnehin schon nicht ausreichenden Lenkungs-kräfte dadurch noch verringert wurde, da ferner das von der tropischen Natur verwöhnte Volk nie an harte Arbeit gewöhnt und schon gar nicht auf Planung und Vorsorge ausgerichtet war, griffen bald Ineffektivität, Korruption und Schwarzmarktpraktiken (Schmuggelwaren aus Thailand) um sich. Auch die Armee, das "Kindermädchen der Nation", vermochte mit ihren pädagogischen Interventionen solche Entwicklungen nicht zu verhindern. Verstanden doch die meisten ihrer Vertreter nichts oder nur wenig von Handel und Geldgeschäften! Rangun wurde zu einer der "tristesten Städte Asiens". Jedes zweite Geschäft der 1,6-Millionen-Metropole war geschlossen. Um eine Glühbirne kaufen zu können, mußte ein Birmane die schriftliche Genehmigung von einem Dutzend Beamte einholen, um sich sodann in die langen Schlangen vor einem der 23 "Volksläden" einzureihen (6).

b) Das Verbot der Parteien führte dazu, daß zahlreiche Gruppierungen, unter ihnen die pekingorientierte "Weiße Flagge"

und die vom "birmanischen Castro", U Nu, angeführte "Ver-einte Nationale Befreiungsfront" in den Untergrund gingen und zum Bürgerkrieg gegen die Zentralregierung aufriefen, die ihre 150.000 Soldaten sowie die aus 20.000 Mann paramilitärischer Polizeieinheiten bestehenden Streitkräfte immer mehr verzetteln mußte.

c) Die gegen partikularistische Tendenzen völkischer Minderheiten gerichtete Zentralisierungspolitik schließlich veranlaßte zahlreiche Minoritäten, unter ihnen vor allem die Katschin- und Shan-Bergstämme an der 1.900 km langen Grenze zur chinesischen Provinz Yünnan, ferner die "Schwarzen Thais" und Karens im südlichen Mittelbirma sowie die Nagas und moslemischen Mudschahids an der Grenze zu Indien zu heftigem Widerstand gegen das birmanische Staatsvolk und gegen die Zentralregierung. Die "Katschin-Unabhängigkeitsarmee" und die "Nationale Union der Karen" taten sich bei dieser gewaltsamen "Weg-von-Rangun-Bewegung" besonders hervor. Vor allem 1970 kam es zu schweren Grenzgefechten zwischen Regierungstruppen und Aufständischen, die sich, wenn die Situation besonders brenzlich für sie wurde, einfach über die Grenze nach China zurückzogen (7). Manche Einsatzbefehle an die zentralen Regierungstruppen, so z. B. für Operationen um die nordwestliche Stadt Lashio, galten schon bald als Himmelfahrtskommandos (8).

Die Regierung Ne Win ist sich bewußt, daß Birma heute ein Pulverfaß ist, und meidet, nicht zuletzt aus diesem Grund, eine einseitige Außenpolitik, die einen der Nachbarschaftsstaaten, vor allem die Volksrepublik China, provozieren könnte.

Gleichwohl betreibt die VRCh seit Jahren eine systematische Politik der "Unterstützung", vor allem gegenüber der "Weißen Flagge".

Diese "Unterstützungspolitik" hat eine lange Geschichte. Die KP Birmas war 1939 gegründet worden, spaltete sich aber sechs Jahre später, im Jahre 1945, in zwei miteinander rivalisierende Fraktionen, die später als "Weiße Flagge" und als - angeblich trotzkistische - "Rote Flagge" bekannt wurden. Die "Weiße Flagge" begann sich schon 1950 nach Peking hin zu orientieren, indem sie die Linie einer "Ver-einten Front aller revolutionären Kräfte" mit der regierenden AFPFL (9) einschlug (10). 1959 begann sie, Minderheitenprobleme auszubeuten, änderte ihren Kurs und gründete eine "Nationaldemokratische Vereinte Front" (NDUF), die unter anderem vier extreme Minoritätenorganisationen mit dem Ziel einschloß, "die Regierung zu stürzen und die Unabhängigkeit der Minderheitenvölker zu erkämpfen" (11). Meldungen zufolge, sollen in dieser Zeit ständig Gruppen von 50 - 1000 Mann die chinesisch-birmanische Grenze überschritten haben (12). Im Anschluß an die Moskauer Konferenz der 81 Staaten von 1960, die mit Zustimmung der VRCh

das neue weltrevolutionäre Konzept einer "Nationalen Demokratie" als Durchgangsstadium auf dem Wege zum Kommunismus hervorbrachte, bot die "Weiße Flagge" der Regierung in Rangun Gespräche an, die jedoch - 1963 - mit dem Ergebnis scheiterten, daß die Kommunisten wieder zur maoistischen Taktik des bewaffneten Volkskrieges zurückkehrten (13).

In den Jahren nach 1960 operierte Peking gegenüber Rangun vornehmlich mit der "Rechten Strategie" (Vereinte-Fronten-Politik!) und legte auf gute Staat-Staat-Beziehungen Wert. Unter anderem räumten die Chinesen ihrem Nachbarstaat 1961 einen Entwicklungshilfekredit von 84 Mio. US\$ ein und verpflichteten sich zu zahlreichen Projekten (14). 1960 auch wurde der Grenzvertrag zwischen beiden Ländern abgeschlossen, der viele Reibungsflächen beseitigte. Die Beziehungen zwischen beiden Staaten konnten als eine Art modellhafte "friedliche Koexistenz" gelten.

Trotzdem mochte es in Rangun als Anzeichen kommender Stürme gewertet werden, als die Chinesen 1962 die alte Birma-Straße, die an das Gebiet der Shan-Katschin heranführt, wieder soweit instand gesetzt und ausbessert hatten, daß sie als "politische Straße" ernst zu nehmen war (15).

Die eigentliche Belastungsprobe kam mit der Kulturrevolution im Juli 1967. Bereits in den vorhergehenden Monaten hatten linksradikale Gruppen unter Leitung des Ende April als persona non grata aus Indonesien verwiesenen Yao Teng-shan das Außenministerium besetzt, den bisherigen Außenminister Ch'en I vor riesigen Tribunalen von Rotgardisten kritisiert und damit begonnen, "in revolutionärem Stil" Außenpolitik zu machen (16). Peking ging nun dazu über, die Brücken auch zu solchen Nachbarländern zu verbrennen, mit denen es bisher optimale Beziehungen unterhalten hatte, unter anderem mit Kambodscha, Nepal, Ceylon und - Birma. Die Verschlechterung des chinesisch-birmanischen Verhältnisses war vielleicht das spektakulärste Beispiel der neuen kulturrevolutionären Außenpolitik Chinas. Alles fing damit an, daß die chinesische Botschaft in Rangun sich daranmachte, die "Gedanken des Vorsitzenden Mao" auch unter den Auslandschinesen in Birma zu verbreiten. Nachdem einige Mitglieder des Botschaftspersonals im Mai 1967 in Peking instruiert worden waren, gingen sie dazu über, die in Birma angesiedelten Auslandschinesen, die mit der Birmanisierungspolitik ohnehin unzufrieden waren, zu kulturrevolutionären Aktivitäten nach dem Modell Chinas aufzufordern. Die Botschaft verteilte maoistisches Propaganda-

material, ermutigte chinesische Studenten, nach dem Vorbild der Rotgardisten Gruppen zu bilden, und forderte sie auf, sich gegen das birmanische Verbot, maoistische Fahnen und Abzeichen zu tragen, aufzulehnen.

Da die Chinesen als wohlhabende Schicht in Birma bei der einheimischen Bevölkerung ohnehin nicht besonders beliebt sind, war es kein Wunder, daß infolge dieser Aktivitäten eine Welle der Empörung aufkam und in den nächsten Tagen blutige Unruhen ausbrachen. Hunderte von chinesischen Läden und Häusern wurden, ebenso wie übrigens die chinesische Botschaft in der Hauptstadt, angegriffen. Obwohl die birmanische Regierung über Rundfunk und Zeitungen immer wieder dazu aufrief, Ruhe zu bewahren, machten sich Teile der Bevölkerung doch immer wieder in Angriffen Luft. Unter anderem wurden zwei Mitglieder der chinesischen Botschaft schwer geschlagen. Ein chinesischer Entwicklungshelfer soll sogar getötet worden sein.

Die chinesischen Schüler und Studenten in der Hauptstadt blieben den Einheimischen nichts schuldig. Sie veranstalteten große Sit-ins, griffen ihre birmanischen Lehrer an und zerfetzten, was besondere Empörung erregte, auch die Flagge von Birma. Sie sollten dies mit einigen Dutzend Toten bezahlen müssen. Nunmehr ging die Regierung gezwungenermaßen dazu über, die China-Town systematisch abzuriegeln, die Schulen zu schließen und öffentliche Versammlungen zu verbieten.

Im Gefolge dieser antichinesischen Ausschreitungen warf Peking das Steuer um 180° herum und ging zur "Linken Strategie" (Volkskriegskonzept) über. Die "Ne Win-Clique" wurde als reaktionäre Bande von faschistischen Killern" angegriffen und die "Weiße Flagge" offen zum Angriff auf die Zentralregierung ermuntert (17).

In den folgenden Monaten sollen einige Hundert chinesische Ausbilder in den Katschin-Staat eingeschickt sein (18). Wenn man einem Bericht von Anthony Polsky glauben darf, so haben die Chinesen Anfang 1968 der "Weißen Flagge" auch beim Aufbau des sog. "Nordostkommandos" geholfen, einer völkisch buntgemischten Kampfseinheit von rd. 3000 Mann, die sich hauptsächlich aus Katschins und Shans rekrutierten, also Völkern, welche entlang der chinesischen Grenze angesiedelt sind (19).

Ziemlich ungläubhaft, weil so gar nicht mit der Praxis herkömmlicher "Linke Strategie" übereinstimmend, sind Meldungen, nach denen chinesische VBA-Einheiten in Birma eingedrungen sein sollen, und zwar 5000 im Jahre 1969 (20) und 10.000 im Jahre 1970 (21).

Auf alle Fälle aber gab es eine deutliche Verschiebung (sozusagen einen "Langen Marsch" à la Birma) der Guerillatätigkeit von Zentral- und Südbirma zu den nördlichen Gebieten, die an die VRCh angrenzen. Hier konnten sich die Aufständischen regroupieren und von den Chinesen mit Waffen, Training und politischer Rückenstärkung versehen lassen. Gefangene, die damals gemacht wurden, waren z.T. mit Waffen chinesischer Herkunft ausgerüstet und gaben zu, daß sie in China Trainingskurse für die Handhabung der Waffen durchlaufen hatten (22). 1968 berichtete Ne Win über Gefechte großen Stils entlang der chinesischen Grenze. Zahlreiche Guerillas seien bei diesen Gefechten auf chinesisches Gebiet übergewechselt. Nach Ne Win sollen die Aufständischen seit November 1967 chinesisches Territorium als Rückzugsgebiet benutzt haben (23).

Zwischen dem 1. Januar und dem 31. August 1969 haben, Berichten General Ne Wins zufolge, weitere 8 große und 10 kleinere Gefechte stattgefunden (24).

Aus mehreren Gründen freilich vermochten die birmanischen Aufständischen nur geringe Geländegewinne zu verzeichnen. Zum einen war es schwierig, die verschiedenen ethnischen Minoritäten auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, zum anderen verstand es die Zentralregierung, mit Erfolg die Aufständischen als "Marionetten auswärtiger Mächte" anzuschwärzen. Psychologisch ungeschickt war auch die Politik des Terrorismus, derer sich zahlreiche Aufständische bedienten. Sie entweihten buddhistische Schreine, mißhandelten buddhistische Mönche, ermordeten Regierungsvertreter in den Dörfern und terrorisierten teilweise auch gewöhnliche Bauern, die sich für Reformmaßnahmen der Zentralregierung interessiert hatten. Vor allem aber waren es Fraktionsstreitigkeiten unter den Aufständischen selbst, die ihrer Sache größten Schaden zufügten. Schon früher hatten sich in der Katchin-Unabhängigkeitsarmee und unter den Lagertruppen pekingorientierte Flügel herausgebildet (25).

Ziemlich unglaublich, weil so gar nicht mit der Praxis herkömmlicher "Linker Strategie" übereinstimmend, sind Meldungen, nach denen chinesische VBA-Einheiten in Birma eingedrungen sein sollen, und zwar 5.000 im Jahre 1969 (26) und 10.000 im Jahre 1970 (27).

Ernster sollte man demgegenüber Berichte nehmen, in denen von der Herausbildung peking-orientierter Flügel in der Katchin-Unabhängigkeitsarmee und unter den Naga-Truppen die Rede ist (28). Ganz besonders deutlich wurde diese Tendenz, als die "Peking-Heimkehrer" in der "Weißen Flagge" im August

1967 parallel zur Kulturrevolution in China ihre eigene "Kulturrevolution" durchführten und dabei drei Mitglieder der alten Garde (das waren drei von acht Politbüromitgliedern), die sich für eine friedliche Zusammenarbeit mit Rangoon (Liu Shao-ch'i-Linie!) eingesetzt hatten, "wie Hunde abschlachten" (29). Im Gegenzug wurde ein Teil der Pro-Peking-Gruppe gesäubert, unter anderem der Führer der "Weißen Flagge", Thakin Than Tun, der im September 1968 von einem Mitglied aus seinen eigenen Reihen ermordet wurde (30). Sein Nachfolger im Vorsitz der KPB ("Weiße Flagge") ist Thakin Zin, der mit zur Peking-Gruppe gehört. Während dieses Zeitabschnitts der "Kulturrevolution" ermunterte Peking die Aufständischen ständig zum "Sturz der Regierung Ne Win", zum "Ausbau revolutionärer Stützpunkte" und zum Volkskrieg durch Anwendung flexibler Guerilla-Taktiken (31). Auch brachten die offiziellen chinesischen Kommunikationsmittel laufend Meldungen über die Erfolge der "birmanischen Volksstreitkräfte" (32).

Am 9. April 1971 schließlich nahm der geheime Partisanensender "Stimme des Volkes von Birma", der wahrscheinlich vom chinesischen Grenzgebiet aus arbeitet, seine Tätigkeit auf (33).

Seit 1968 begann langsam die "Rechte Strategie", wieder Oberhand zu gewinnen: Das chinesische Rote Kreuz stiftete 4.000 US Dollar für Opfer einer Taifunkatastrophe im Mai 1968. Im gleichen Jahr auch (19. Juli 1968) nahm der chinesische Geschäftsträger an den Feierlichkeiten für den birmanischen Landesvater Aung San teil. Die Ne Win-Regierung andererseits spielte langsam die offenen Attacken gegen die Volksrepublik China herunter und bezeichnete die Kämpfe mit den Aufständischen als eine überwiegend lokale Angelegenheit.

Im Januar 1969 sprach sich Ne Win bei einem Staatsbesuch in Pakistan für bessere Beziehungen mit der Volksrepublik China aus: "Ich möchte betonen, daß wir freundschaftliche Beziehungen mit unseren Nachbarn wünschen. Was China anbelangt, so wollen wir die herzlichen und freundschaftlichen Beziehungen wiederherstellen und damit zum status quo ante gelangen. Natürlich müssen beide Seiten sich in dieser Richtung anstrengen. Was uns anbelangt, so wollen wir die Wunden, die die Zwischenfälle von 1967 geschlagen haben, heilen. Trotz der Zwischenfälle an der Grenze wollen wir alles in unserer Macht Stehende tun, um die alte Freundschaft wiederherzustellen....." (34).

Einstweilen freilich blieben die Beziehungen noch kühl. Kein höherstehender birmanischer Regierungsvertreter war beispielsweise bei größeren Veranstal-

tungen zu sehen, die die chinesische Botschaft in Rangoon durchführte. Dann allerdings, am 1. Oktober 1970, sandte Ne Win zum ersten Mal seit 1966 an Chou En-lai ein Telegramm, in dem er der Regierung und dem Volk von China zum 21. Jahrestag der Staatsgründung alles Gute wünschte. Dieses Telegramm wurde in seinem Wortlaut in den chinesischen Presseorganen wiedergegeben, während in den vergangenen Jahren nur immer die entsprechenden Gratulationsschreiben der Kommunistischen Partei Birmas ("Weiße Flagge") abgedruckt waren. 1970 auch beschlossen beide Länder, ihre Botschafter wieder auf Posten zu schicken. Um China unter keinen Umständen zu provozieren, beschloß Birma, auf weitere amerikanische und sowjetische Hilfe zu verzichten. Es versagte sich z.B. einen weiteren Rückgriff auf das seit 1958 laufende amerikanische Militärhilfsprogramm, in dessen Rahmen noch 88 Mio. US Dollar bereitstanden und das u.a. die Lieferung von Helikoptern, Lastwagen und Infanteriewaffen vorsah. Im Zusammenhang mit diesem Projekt lieferte auch die BRD Waffen und Ausbilder an die Ne Win-Armee. Auch war die birmanische Bewaffnung mittlerweile den Systemen und Standardkalibern der NATO angepaßt worden (35). Die letzten Vertreter des amerikanischen Hilfsprogramms verließen am 30. Juni 1971 Birma.

Vom 6. bis 12. August 1971 schließlich besuchte General Ne Win auf Einladung Chou En-lai's die Volksrepublik China. Der birmanische Staatschef wurde mit besonderen Ehren empfangen. Unter anderem hatte man ein chinesisches Flugzeug für ihn nach Rangoon entsandt. Höchste Repräsentanten empfingen ihn am Flugplatz. Unter anderem erhielt er auch eine Audienz bei Mao Tse-tung. Schließlich begleitete ihn Chou En-lai persönlich auf einer Tour nach Canton.

Ne Win verfolgte mit seiner Reise mehrere Zwecke. Zum einen ging es ihm um Verbesserung der Handelsbeziehungen mit der Volksrepublik, zum anderen kam es ihm offensichtlich auch auf eine Verschiebung des Rückzahlungstermins für Kredite aus jenem Abkommen von 1961 an, für das die ersten Raten im Oktober 1971 fällig waren. Nicht zuletzt aber dürfte es ihm darum gegangen sein, Peking zu veranlassen, seine materielle und ideologische Unterstützung für die kommunistischen Insurgenten zu reduzieren oder einzustellen.

Der Besuch war weitgehend erfolgreich. Am 7. Oktober 1971 kam es zur Unterzeichnung eines Abkommens, nach dem der Vertrag von 1961 über technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit, dessen Erfüllung durch die Zwischenfälle von 1967 obsolet geworden war, wiederaufgenommen und neu belebt

werden sollte. Birma sollte den verbleibenden Rest von 56,7 Mio. US Dollar (der Gesamtbetrag belief sich ursprünglich auf 84 Mio. US Dollar) bis 1975 verbrauchen dürfen. Die Rückzahlung soll erst im Oktober 1980 beginnen.

Im November 1971 wurde ferner ein Handelsabkommen mit der VRCh unterzeichnet, das wieder frischen Wind in die seit den Rangoon-Zwischenfällen eingetretene Flaute bringen sollte. Noch 1966/67 hatten die birmanischen Exporte nach China immerhin 41,7 Mio. Kyats ausgemacht. Dieser Betrag fiel 1967/68 auf 4,8 Mio. Kyats, und in den nächsten Jahren gab es nahezu überhaupt keinen Handelsaustausch mehr. 1970/71 begann dann wieder ein bescheidener Anstieg (3,4 Mio. Kyats Export). 1971/72 schossen die Exportzahlen auf 44,8 Mio. Kyats hoch. Eine ähnliche Entwicklung machten auch die Importe aus China durch. Von 102,7 Mio. Kyat in den Jahren 1966/67 fiel die Summe auf 16,5 Mio. im Zeitraum 1967/68 und kam in den nächsten zwei Jahren fast ganz zum Erliegen.

Weitere Entwicklung: 1970/71: 57 Mio. Kyats, erstes Halbjahr 1971/72: 22,3 Mio. Kyats (36).

Birma wußte eine solche Entwicklung wohl zu schätzen. Es unterstützte unter anderem China bei seiner Aufnahme in die UNO. Auch 1972 haben sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern weiter verbessert. Im Januar nahm der Stellvertretende Ministerpräsident Li Hsien-nien an einem Empfang teil, den Botschafter Maung zum 24. Jahrestag der birmanischen Unabhängigkeit in Peking veranstaltete. Im Mai wurde eine birmanische Handelsdelegation, die an der Canton-Messe teilnahm, durch einen besonders herzlichen Empfang ausgezeichnet (unter anderen war der Minister für wirtschaftliche Beziehungen mit dem Ausland, Fang I, erschienen und der Flughafen mit chinesischen und birmanischen Fahnen ausgeflaggt). Ende 1972 schließlich startete Außenhandelsminister Pai Hsiang-kuo den Birmanen einen fünftägigen Besuch ab (37). Der Zweck dieser Reise wurde nicht bekanntgegeben. In Begleitung des Ministers freilich war der stellvertretende Manager der chinesischen Import-Export-Gesellschaft für Gemüse, Öl und Nahrungsmittel. Möglicherweise will China also birmanischen Reis ankaufen. Hauptzweck der Mission dürfte es allerdings gewesen sein, Genaueres über die Verwendung jener 1961 zugesagten Geldmittel zu erfahren, die bis zum beiderseitigen Bruch 1967 noch nicht ganz aufgebraucht waren und deren Rest von 56,7 Mio. US Dollar nunmehr - wie oben erwähnt - den Birmanen wieder zur Verfügung steht. Am 4. Januar schließlich erschien ein stellvertretender Außenminister sowie der stellvertretende Generalstabschef zu den Feierlichkeiten anlässlich des 25. Befreiungstages Birmas in

der birmanischen Botschaft in Peking.

Die VRCh kehrt also zu ihrer alten Politik, wie sie sich bis 1967 entwickelt hatte, wieder zurück. Charakteristisch für dieses Verhältnis ist ein Spiel mit 2 Bällen: Die Chinesen wollen geordnete Beziehungen zu Rangoon, möchten aber gleichzeitig den Kontakt zur "Weißen Flagge" und zu den verschie-

denen Volksstreitkräften nicht abreißen lassen, um stets ein Pfand für das Wohlverhalten Birmas in der Hand zu halten, gleichzeitig aber auch, um die Kontinuität der revolutionären Mission Chinas unter Beweis zu stellen. Die alte Spannung zwischen nationalen und revolutionären Zielsetzungen und Strategien tritt also im Verhältnis zu Birma ganz besonders deutlich in Erscheinung. we

- 1) Das Vertragswerk ist wiedergegeben in "Verträge der Volksrepublik China mit anderen Staaten", Teil 1: Süd- und Ostasien, bearbeitet im Institut für Asienkunde Hamburg, Bd. XII, Nr.1 der Schriften des Instituts, Frankfurt, Berlin 1962, S. 23ff.
- 2) Das Manifest des Revolutionären Rates vom 30. April 1962 ist abgedruckt in William C. Johnstone, Birma's Foreign Policy, Cambridge/Mass. 1963, S.313-317.
- 3) NZZ 12.6.1970.
- 4) Artikel 201-206 der Verfassung von 1948, abgedruckt in Maung Maung, "Birma's Constitution", Den Haag 1959, S. 295.
- 5) Artikel 154-200 ebenda.
- 5a) Hans-Ulrich Storz "Birma. Land, Geschichte, Wirtschaft", Bd. 21 der Schriften des Instituts für Asienkunde in Hamburg, Wiesbaden 1967, S.44 (nach einer Zählung von 1931).
- 6) Der Spiegel, 1969, Nr.24, S.148.
- 7) IHT 6.5.70.
- 8) NZZ 11.4.70.
- 9) AFPFL = Antifashist People's Freedom League, gegr. 1944 im Kampf gegen die japanische Besatzung, Partei des Landesvaters Aung San; umfaßte zunächst auch die Kommunisten; spaltete sich 1958 in zwei Fraktionen, die beide 1964 verboten wurden.
- 10) Näheres "Birma's Insurgent Communists" in Asian Analyst, April 1969, S.9.
- 11) Ebenda, S.13.
- 12) Johnstone a.a.O., S.184.
- 13) "Birma's Insurgent Communists", a.a.O., S.14-18.
- 14) Näheres in Wolfgang Bartke: "Die Wirtschaftshilfe der Volksrepublik China", Heft 44 der Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Hamburg 1972, S.93-99.
- 15) Zu einem ähnlichen Straßenprojekt vgl. C.a. Nov.1972, Übersicht Nr.29.
- 16) Melvin Gurtov: "The Foreign Ministry and Foreign Affairs during the Cultural Revolution", in CQ. Nr.40 (1969), S.65-102 (76 ff.)
- 17) JMJP 30.6.1967.
- 18) CS, 10.5.1972, S.4.
- 19) FEER, 26.9.1968, S.605 f; vgl. auch FEER, 31.10.1970, S.7.
- 20) CS, 10.5.1972, S.4; New York Times, 23.11.1969.
- 21) FEER, 18. Juni 1970, S.4.
- 22) Robert A. Holmes: "China-Birma Relations since the Rift", Asian Survey 1972, S.686-700 (689).
- 23) New York Times, 20.3.1968.
- 24) Homes, a.a.O., S.689.
- 25) Anthony Polski: "The New Lido Road", FEER, 27.11.1969, S.460.
- 26) CS, 10.5.1972, S.4.
- 27) FEER, 18.6.1970, S.4.
- 28) vgl. Fußnote 25.
- 29) The Guardian, 27.4.1967; ein viertes Spitzenmitglied wurde von Regierungstruppen getötet.
- 30) Kommentar zu seinem Tode in PRu 1969, Nr.13, S.7ff.
- 31) vgl. z.B. PRu 1969, Nr.2, S.10 ff.
- 32) vgl. z.B. PRu 1970, Nr.35, S.22; 1970, Nr.10, S.28. Im Gegenzug preist die KP Birmas die VRCh, vgl. z.B. PRu 1967, Nr.2, S.5 ff; 1968, Nr.39, S.14 ff.
- 33) vgl. z.B. PRu 1971, Nr.25, S.14.
- 34) Zitiert bei Holmes, S.695; zur Wiederannäherung zwischen beiden Staaten vgl. auch Robert A.Holmes "Birma's Foreign Policy Towards China since 1962", in: Pacific Affairs, Volume 42, Nr.2, Summer 1972, S.240
- 35) Holmes, Asian Survey, a.a.O., S.692.
- 36) FEER, 22.1.1973, S.30.
- 37) Dazu PRu 1972, Nr.52, S.16 und NCNA, 23.12.1972.